

Niederschrift

über das Hearing des Verwaltungs- und Personalausschusses und des Ausländerbeirates

zum Thema

Zukunft des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München

vom 15. Januar 2009

(öffentlich)

2. Bürgermeisterin

Strobl

Moderation

Frau Dr. Spohn

ea. Stadtratsmitglieder

SPD:

Dr. Bauer, Fincan, Liebich, Dr. Sieber;

CSU:

Sabathil;

Bündnis 90/Die Grünen/RL:

Benker, Demirel;

FDP:

DIE LINKE.:

Henn;

Ausschussgemeinschaft

ÖDP/FW/BP:

Sachverständige:

Frau Fohlmeister, Köln

Herr Heintze, Bremer Rat für Integration

Herr Vicente, Geschäftsführer des Bundesausländerbeirates und der AGARP

Herr Pavcovicz, Stuttgart

ferner

StDir Biebl,

Cumali Naz, Vorsitzender des Ausländerbeirates,
sowie weitere Mitglieder des Ausländerbeirates,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Protokoll

Frei

Hearing zum Thema

Zukunft des Ausländerbeirates vom 15. Januar 2009

Beginn: 14:00 Uhr

Moderation: Frau Dr. Spohn

BMin Strobl eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Nach den einführenden Worten von BMin Strobl stellt Frau Dr. Spohn ausgewählte Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von 50 Städten dar (siehe Anlage 1)

Herr Heintze trägt im Rahmen einer Beamer-Präsentation sein Statement vor (siehe Anlage 2).

Frau Fohlmeister: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich habe mir einiges aufgeschrieben, das aus den Vorträgen herausging, um das Ganze ein bisschen zu kontrastieren. In Köln gibt es derzeit rund 1 Million Einwohner. 17,2 % davon sind Ausländerinnen und Ausländer. Rund 33 % haben einen Migrationshintergrund. D. h. fast doppelt so viele Menschen in Köln haben einen Migrationshintergrund im Vergleich zum Ausländerstatus. Vor diesem Hintergrund hat der Ausländerbeirat aufgrund der Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung im Jahr 2004 entschieden, einen Antrag zu stellen, den „Ausländerbeirat“ in „Integrationsrat“ umzubenennen. Er hat einen Antrag an den Stadtrat gestellt, das auch mit anderen Veränderungen gleichzeitig umzusetzen. Im Rahmen der Experimentierklausel des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Gremium unter anderen Voraussetzungen gewählt und zusammengesetzt worden. Ich glaube, das ist auch in vielen anderen Kommunen in Deutschland passiert.

Noch einmal zurück zur Historie: In den Anfängen der 70er Jahre wurden die Mitglieder des ausländerbeirats entsendet. Seit 1984 gibt es ein direkt gewähltes Gremium. Dieses Gremium hat schon immer aus direkt Gewählten und aus Ratsmitgliedern bestanden, wobei die Ratsmitglieder seit Mitte der 90er Jahre nur eine beratende Funktion hatten. Das hat sich mit der letzten Wahl geändert. Das Gremium ist eine Mischform. Zwei Drittel werden direkt gewählt, 22 Mitglieder, ein Drittel vom Rat entsandt (Mitglieder mit Stimmrecht). Diese Zusammensetzung ist ganz bewusst gewählt worden vor dem Hintergrund, dass Integration als

Querschnittsaufgabe gesehen wird und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als unzureichend angesehen wird. Vor dem Hintergrund hat sich der Integrationsrat bewusst gegen einen Ausschuss entschieden, der zwingend die Mehrheit der Ratsmitglieder voraussetzt. Es ist eine ganz bewusste Entscheidung für eine starke Präsenz der direkt Gewählten zugunsten der Rechte, die ein Ausschuss mit sich bringt. Das hat sich für Köln als gut erwiesen in der Zusammenarbeit. Es ist ein bisschen dadurch bestimmt, dass die Rückkoppelung der direkt gewählten Mitglieder zum Rat ausgezeichnet funktioniert. Wie Sie wahrscheinlich alle aus Ihrer täglichen Arbeit wissen, hängt das von den Personen ab.

In Köln haben wir die günstige Ausgangslage, dass der Vorsitzende des Integrationsrates gleichzeitig Vorsitzender der LAGA (Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenorganisation aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen) ist. Diese Personalunion führt natürlich dazu, dass der Meinungsbildungsprozess auf Seiten des Landes günstig beeinflusst werden kann. Wir haben in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen nicht nur Kommunalwahlen, sondern wieder die Integrationsratswahl und stehen vor einer Änderung des § 27 der Gemeindeordnung, wo - zumindest ist das das Votum des Kölner Stadtrates an das Land - die bisherige Form weitergeführt werden sollte. Das gestaltet sich in Köln konkret so, dass wir nach der letzten Wahl eine sehr heterogene Zusammensetzung des Integrationsrates bekommen haben. Im Übrigen war in Köln die Wahlbeteiligung Mitte der 80er Jahre bei rund 20 % und ist bis 1999 auf knapp 10 % heruntergegangen.

Bei der letzten Wahl haben wir erreicht, dass wieder eine Wahlbeteiligung von rund 17 % erreicht wurde. Dies ging einher mit einem Wechsel von einer reinen Direktwahl, d. h. einer Urnenwahl, zu einer reinen Briefwahl. Wir haben vorhin schon spekuliert, ob dieser Wechsel zur Erhöhung der Wahlbeteiligung geführt hat. Ich denke, es gibt mehrere Faktoren, die dazu geführt haben. Ein Faktor ist natürlich die Änderung der aktiven Wahlmöglichkeit, die Ausdehnung auf die Gruppe der Spätaussiedler, auf die in Köln Eingebürgerten. Die Zahl der Wahlberechtigten ist deutlich gestiegen. In Köln waren es rund 124.000 im Jahr 2004.

Diese Heterogenität des Gremiums, die sich bei der letzten Wahl ergeben hat, weg von einer sehr stark türkisch dominierten Zusammensetzung, hin zu einer, die jetzt acht unterschiedliche Nationalitäten umfasst, führt dazu, dass die Außenwirkung des Gremiums eine sehr viel stärkere ist in der öffentlichen Wahrnehmung. Das korrespondiert auch mit dem Recht des Integrationsrates auf eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die intensiv genutzt wird. Die Rechte des Integrationsrates im Vergleich zu früheren Jahren sind, eng angelehnt an die

rechtlichen Voraussetzungen der Gemeindeordnung, begrenzt. Er hat ein Antragsrecht, er hat ein eigenes Resolutionsrecht, das offensiv genutzt wird. Durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem Austausch sind alle Anträge, die der Integrationsrat in der Legislaturperiode gestellt hat, vom Rat bestätigt worden. Der Integrationsrat hat u. a. ein Entscheidungsrecht über die Vergabe von Mitteln in Höhe von rund 350.000 € für die Arbeit der Selbstorganisation der Migranten in Köln. Das trägt dazu bei, die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ebenen innerhalb der Stadt zu verbessern, Transparenz und öffentlichkeitswirksam eine Vertrauensbasis herzustellen.

Insgesamt haben wir festgestellt aufgrund des Erfahrungsberichtes, den wir auch an das Land liefern mussten, dass sich die Erwartungen an den Integrationsrat im Hinblick auf die verschiedenen Aspekte der Änderung der Zusammensetzung des Gremiums und der Wahlmodalitäten nahezu alle erfüllt haben. Die Wahlbeteiligung hat sich erhöht, die Öffentlichkeitswirksamkeit hat sich erhöht, die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ist verbessert worden, die Impulsgebungsfunktion hat maßgeblich zugenommen. Rundherum lautet die Beurteilung, dass der Wechsel vom Ausländerbeirat, die Zusammensetzung und die Form der Zusammenarbeit sich als positiv herausgestellt haben. Köln würde diese Art der Arbeit gerne fortsetzen vor dem Hintergrund, dass es kein Kommunalwahlrecht für Nichtdeutsche gibt, die nicht EU-Bürger sind, und vor dem Hintergrund, dass die interkulturelle Öffnung der politischen Gremien bis jetzt noch nicht erreicht wurde. Das sind die beiden Prämissen, unter denen diese Entscheidung getroffen wurde. Diese hat bis jetzt auch Bestand. - (Beifall)
(Das Statement von Frau Fohlmeister wurde in schriftlicher Form nachgereicht und liegt als Anlage 5 bei.)

Die Statements von Herrn Pavcovicz und Herrn Vicente liegen als Anlagen 3 und 4 bei.

- Unterbrechung des Hearings von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr. -

Frau Dr. Spohn: Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Möglichkeit, an die Referentin und an die Referenten Fragen zu stellen sowie Ideen und Vorschläge einzubringen.

Frau Prestel: Ich bin Mitglied des Ausländerbeirates München. Ich wollte nicht versäumen, hier meine Erfahrung kundzutun. Ich bin mit Unterbrechungen seit sehr vielen Jahren im Ausländerbeirat – seit 1981. 1981 war der Ausländerbeirat München ein ernannter. Die Mitglieder wurden vorgeschlagen von den Verbänden, die mit Migrantinnen und Migranten in irgendeiner Form gearbeitet haben. Diese Erfahrungen und die Erfahrungen in zwei Ausländerbeiräten, in der letzten und in dieser Periode, in dem die Mitglieder direkt gewählt sind, stellen schon einen großen Unterschied dar. Ich denke, es ist wichtig, das zu wissen. Bei den ernannten Beiräten stand nicht prioritär das Interesse der Migranten im Vordergrund. Im Vordergrund stand das Interesse der eigenen Arbeitgeber, der Verbände, die Politik gemacht haben. Das fand ich keine gute Lösung. Bei den Gewählten ist es nicht so.

Bei allen Problemen, die sich ergeben, denke ich trotzdem, dass die gewählten Beiräte viel näher an den Migranten sind und daher eine Rückkoppelung viel besser erfolgen kann als bei einem ernannten. Das wollte ich hier klar sagen. Ich bin für die Beibehaltung der Direktwahl im Wesentlichen. Das ist für mich der wichtigste Punkt. Andere Sachen kann man ausräumen, aber die Direktwahl nicht. Ich denke, dass Integration ohne politische Partizipation nicht möglich ist. Das schließt sich aus. Wir wissen, dass das kommunale Wahlrecht auch für die Nicht-EU-Länder eine Bundesangelegenheit ist. Trotzdem gibt es Zwischentöne. Ein zweiter Aspekt ist: Eine politische Vertretung, die wir auch haben, besitzt ohne Direktwahl keine Legitimation. Von daher ein weiterer Aspekt, der eine Direktwahl vorschreiben sollte. - (Beifall)

Frau Sibenik: Ich bin Ausschuss-Sprecherin vom Ausschuss 1. In allen Punkten kann ich Monika Prestel zustimmen. Ich bin auch für eine Direktwahl. Herr Vicente hat es sehr gut formuliert. Eine Berufung wäre für mich ein Rückschritt. Ich habe gesehen, man ist wirklich kontinuierlich direkt an den Migranten dran und hört immer ihre Interessen. Man kann sie am besten vertreten in allen Ausschüssen. Sie haben wirklich die Möglichkeit, ohne dass sie gute Beziehungen zu Parteien haben, direkt zu uns zu kommen und in den Ausschuss-Sitzungen ihre Probleme vorzutragen. Auch haben wir selber die Möglichkeit, in unseren Sitzungen die beratenden Mitglieder einzuladen, was sich als sehr gut erweist. Da könnte ich

allen Argumenten von Herrn Vicente eigentlich zustimmen. Ich sähe es als riesigen Rückschritt, wenn man Leute beriefe und an Experten heranginge. Was mir in den vier/fünf Jahren als Ausschuss-Sprecherin aufgefallen ist und was vielleicht der Grund ist für so eine geringe Wahlbeteiligung, ist, dass man eigentlich viel zu wenig erreichen kann. Wir haben Empfehlungen und Beschlüsse. Es geht in den Stadtrat. Wir bekommen auch fristgerecht immer sachlich und freundlich die Antworten dazu. Aber leider haben wir nicht eine bessere Möglichkeit, etwas zu verändern. Man lehnt sich immer an Vorschriften und Gesetze. Mir fehlt einfach der Wille, dass man gemeinsam etwas bewirkt.

In den ganzen Beschlüssen habe ich nur einmal den Willen gesehen, dass man zu einer Veränderung mit uns gemeinsam bereit war. Es war sogar in der Stadt München im Personalausschuss; man hat wirklich die Zahl der Auszubildenden erhöht. In einer Sitzung kamen sie vom Personalreferat der Stadt München und haben gesagt, es ist eigentlich unmöglich, etwas zu verändern, denn man braucht einen Durchschnitt von 2,0. Nur die Besten werden genommen. Auf einmal war es aber ein Jahr später möglich. Da hat einer tatsächlich den Mut und den Willen gehabt, mit uns gemeinsam etwas zu verändern und mit uns gemeinsam etwas zu machen, wo es nichts zu verlieren, sondern nur etwas zu gewinnen gibt. Das zeigt auch, dass die Stadt München einen Preis bekommen hat. Da habe ich wirklich den Willen bemerkt zur Veränderung.

Bei den Beschlüssen und Antworten, die zurückkommen, z. B. bezüglich des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts, dass wir kostenlos die Räume bekommen, da beruft man sich auf ganz viele Gesetze, dass man leider nichts machen kann. Auf jeden Fall muss man da etwas verändern, dass wir stärker mit den Parteien vernetzt sind, mit dem Beirat, denn letztendlich sieht man: Wenn ein Wille da ist, etwas zu gestalten, schafft man es auch.

Was ich unbedingt sagen möchte: dass im Wahlkampf gemeinsam etwas stattfinden müsste. Es gibt die Stadtratswahl, die Europawahl, aber wir im Ausländerbeirat sind ein bisschen allein gelassen. Ich meine, der Stadtrat vertritt die Meinung aller Münchner. Leider sitzen im Stadtrat nicht so viele Migranten. Es bedarf einer Geste, dass ihm etwas daran liegt, dass Migranten zum Wählen gehen. Die Wahl sollte entweder mit den Stadtratswahlen enger verknüpft werden oder mit der Europawahl, so dass wir nicht isoliert und allein gelassen werden. Das ist vielleicht nicht so, aber es kommt so rüber. Ich glaube, damit würde man einiges erreichen. - Danke so weit. - (Beifall)

Frau Dr. Spohn: Ein Plädoyer für Direktwahl, ein Plädoyer für eine stärkere Anbindung an sonstig stattfindende Wahlen und ein Plädoyer für stärkere Rechte.

Herr Rasched: Ich bin seit 2004 Mitglied im Münchner Ausländerbeirat. Das Kernproblem des Münchner Ausländerbeirates ist, glaube ich, schon hinreichend identifiziert. Das Kernproblem ist die geringe Wahlbeteiligung. Es gibt diesbezüglich Vorschläge, woran es gelegen hat. Einmal werden mangelnde Entscheidungsrechte herangezogen - der Beirat kann nicht mitentscheiden. Einmal ist das Wahlsystem zu schwierig, dann gab es zu wenig Werbung für die jeweiligen Listen, oder es hat sich einfach die Zeit, die gesellschaftliche Struktur verändert.

Die Frage, die man sich selbst in München nicht gestellt hat, ist: Was für ein Gremium wollen wir überhaupt in München haben? Wollen wir ein Gremium haben, das eine reine Beratungsfunktion hat, ähnlich wie in Stuttgart, das hauptsächlich dazu dient, den jeweiligen Stadtrat zu beraten? Oder will man eine Vertretung von Migranten, ein Konzept von Migranten für Migranten, was sich aus historischer Sicht ergeben hat? Oder will man einen Beirat, der sich selber Integrationsbeirat nennt und sich hauptsächlich das Ziel, die Integration in der jeweiligen Gesellschaft zu fördern, selbst gesetzt hat? In München versucht man, mit dem Ausländerbeirat alle möglichen Bereiche etwas abzudecken. Für jeden will man etwas machen. Es ist zwar ein Gremium, das den Stadtrat berät, aber gleichzeitig ist es absurd, dass im Münchner Ausländerbeirat auch beratende Mitglieder sind. Da fragt man sich zurecht, wofür die ordentlichen Mitglieder da sind, wenn die beratenden Mitglieder die Beratungsleistung erbringen. Oder man vertritt die Meinung, man vertritt nur Migranten. Es ist ein reines Vertretungsgremium wie der Mieterbeirat, der die Mieter vertritt, oder der Seniorenbeirat die Senioren - so ist der Ausländerbeirat nur für Ausländer gedacht. Das ist aus meiner Sicht ein großer Fehler.

Ziel sollte es sein, wirklich ein Gremium zu schaffen - da zitiere ich Herrn Vicente -, das ein wesentlicher Teil der kommunalen Integrationspolitik ist. Darauf sollten wir uns konzentrieren, weil da der Bedarf besteht. Wie kann man diesen Integrationsbeirat schaffen? Was kann man machen, damit man einen solchen Beirat bekommt? Es gibt eine zentrale Aufgabe, die ein Beirat in dieser Funktion erfüllen sollte, und das ist, die Unentbehrlichkeit für sich selbst zu schaffen. D. h., es muss dem Beirat gelingen, für die unmittelbaren Bürger unentbehrlich zu sein, aber auch für die obere Verwaltung, den Stadtrat oder Ähnliches. Das sind die Auf-

gaben, die sich ein Integrationsbeirat setzen sollte. Er erfüllt dann auch die Beratungsfunktion eines Beratungsgremiums. Er erfüllt auch den Vertretungsanspruch eines Ausländerbeirates. Aber er sollte sich als Ziel setzen, die Integration zu fördern. Wir wissen alle, Integration ist eine bilaterale Angelegenheit. Integration gelingt nur, wenn die Migranten und die Aufnahmegesellschaft zusammenarbeiten, um Integration zu bewältigen. Integration kann nicht einseitig entstehen. In dem Zusammenhang ist es absurd, dass Ausländerbeiräte Leute, die sich mit Integrationsarbeit beschäftigen und dafür aufopfern, nicht in den Ausländerbeirat zu lassen. Sie kennen bestimmt aus eigener Erfahrung sehr viele Leute, die deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund sind und die sehr viel tun für Integrationsarbeit. Diese sollen nicht Teil des Beirates sein, den wir schaffen wollen? Das glaube ich nicht! Damit kommen wir zurück zu der geringen Wahlbeteiligung. Das ist mein zentraler Aspekt. Es ist auch mehr eine Vision, die ich für einen Ausländerbeirat habe. Geringe Wahlbeteiligung wird zwangsläufig erhöht, wenn Unentbehrlichkeit erreicht wird. Das sollte im Zentrum unserer Anstrengungen stehen. - (Beifall)

Frau Dr. Spohn: Ich hoffe, Sie sind einverstanden, dass ich die Redebeiträge nicht kürze. Ich glaube, es ist heute wichtig, dass jeder das sagen kann, was er möchte, es sei denn, die Redezeit übersteigt sieben Minuten.

Herr Aydin: Ich bin ehrenamtlich im Ausländerbeirat in den Ausschüssen 2 und 5 tätig. Ich bin auf jeden Fall für die Direktwahl. Ich gehöre zu keiner Organisation, zu keinem Verein und keinem Verband. Was wäre z. B. bei einem Berufungsmodell mit meinem demokratischen Recht? Wer soll mich berufen, wenn ich zu keiner Organisation gehöre? Ein Experte zu sein ist in Ordnung, aber es sagt nicht alles. Um an die Probleme der Migranten heranzukommen, muss man kein Experte sein. Da muss man nur das richtige Engagement mitbringen. Ich habe in dieser Amtsperiode zumindest versucht, immer aktiv zu sein. In diesem Jahr habe ich 18 von 20 Sitzungen immer besucht. Ich habe Engagement mitgebracht. Bei einer Berufung hätte ich wohl keine Möglichkeit, mich wieder zu engagieren, aktiv teilzunehmen und zur Integration beizutragen. Deshalb meiner Meinung nach auf jeden Fall: Direktwahl. - (Beifall)

Herr Mestan: Man sollte das aktive und passive Wahlrecht erweitern. Ich bin z. B. Eingebürgerter oder Doppelstaatler mit Migrationshintergrund. Aktives, passives Wahlrecht für alle, die auch einen Migrationshintergrund haben, nicht nur für Ausländer, die einen Pass haben, sondern auch für diejenigen, die eingebürgert sind! Das wäre ein wichtiger Aspekt.

Herr Delkos: Ich bin Mitglied des Ausländerbeirates und habe drei Perioden mitgemacht. Ich habe alle drei Wahlen mit vorbereitet und habe bei der Kampagne mitgewirkt. Aufgrund der Erfahrungen wollte ich noch einige ergänzende Aspekte zum Vortrag von Herrn Vicente liefern.

Ganz wichtig war für die erste Wahl, die eine stärkere Wahlbeteiligung hatte, dass diese Wahl überhaupt von Migranten selbst erkämpft worden ist. Wir haben damals in München unter großen Widerständen der Politik, der Verbände und sogar des Gewerkschaftsbundes diese Wahl durchgesetzt. Allein diese Kampagne hat sehr viele Leute wachgerüttelt. Ich habe mitgemacht. Bei der ersten Wahl hatten wir 20 %. Die Wahlbeteiligung ist immer wieder zurückgegangen. Ein wichtiger Aspekt, der nicht berücksichtigt worden ist, ist neben der Mobilisierung des Erkämpfens die muttersprachliche Öffentlichkeitsarbeit. Der Ausländerbeirat München, auch bundesweit, achtet darauf, dass wir in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Der Münchner Ausländerbeirat wird in der kommunalen Öffentlichkeit sehr gut wahrgenommen. Wir erreichen viel mehr fachlich interessiertes Publikum als unsere Zielgruppe, die Wähler. Diejenigen, die die SZ lesen können und vielleicht die Möglichkeit hätten, bei der Kommunalwahl mitzumachen, brauchen den Ausländerbeirat nicht unbedingt. Sie meinen, das ist ein Pipifaxgremium, das brauche ich nicht, und da mache ich nicht mit. Aber die große Mehrheit der Migrantenbevölkerung, die nicht die SZ lesen, die sonst in ihren Vereinen in ihren Milieus sind, werden nach wie vor nicht erreicht. Ich denke, das müssten wir in München und bundesweit berücksichtigen.

Es war ein Fehler vom Bundesausländerbeirat, damals die Chance zu verpassen, sich stärker zu engagieren, dass das muttersprachliche Radioprogramm bei der ARD bleibt. Wir haben wichtige Medien verloren, um an die Bevölkerung heranzukommen. Alle Menschen, die keine deutschen Medien benutzen, sind ausgeschlossen aus der Politik, aus der Gesellschaft, aus den Diskursen über die stattfindende Integration. Das macht ein Gremium, das die Interessen vertritt, für die Zukunft umso wichtiger. Ohne aktives, bewusstes, freiwilliges Engagement und ohne Mitwirkung der Betroffenen kann es nicht stattfinden. Um dieses zu

erreichen, müssen wir die Leute informieren, gewinnen und mobilisieren. Das machen die deutschen Parteien auch nicht. Wenn automatisch alle Menschen das kommunale Wahlrecht hätten, würden noch weniger zur Wahl gehen.

Bei den Migranten haben wir ein noch größeres Demokratiedefizit als bei der Mehrheitsgesellschaft. Wenn nur 50 % zur Wahl des Oberbürgermeisters gehen und wir nachdenken, dass von den Migranten, die ein Wahlrecht haben, noch weniger gehen! Das zeigen die Erfahrungen mit den Griechen in München auch. Bei der ersten Kommunalwahl mussten wir eine Kampagne machen, damit die Leute sich überhaupt in das Wählerverzeichnis eingetragen haben. 7.000 Leute haben sich eingetragen. Mindestens 5.000 haben gewählt. Bei der zweiten Kommunalwahl hat sich wahrscheinlich nur die Hälfte eingeschrieben, weil sie es auch nicht mitkriegen. In der Integrationsdiskussion spricht man immer von der deutschen Sprache. Das ist wichtig. Aber wenn man die Leute in ihrer Muttersprache mit ihren Möglichkeiten nicht erreicht, werden wir sie niemals dazu bringen, Deutsch zu lernen. Woher sollen sie erfahren, wo die Deutschkurse stattfinden, wenn nicht in der Muttersprache ein Angebot gemacht wird?

Wenn wir von der Funktion eines Gremiums ausgehen, Interessenvertretung, Benachteiligung bekämpfen, Integration fördern - alle diese Bereiche brauchen eine Einbeziehung, eine Beteiligung, Mobilisierung der Betroffenen. Ohne Auftrag von den Wählern gibt es keine Interessenvertretung. Wenn wir Interessenvertretung wollen, müssen die Leute gewählt werden, in welcher Form auch immer. Ohne Mobilisierung, Information und Kampagnen, wo man die Betroffenen erreicht, gibt es keine Wahlbeteiligung, keinen Auftrag und auch keine Möglichkeit, Aufträge zu bekommen: Wo drückt euch der Schuh? Wo gibt es Probleme, bei denen sich das Gremium einbringen kann? Wenn wir mit dem Finger auf die Integrationsdefizite zeigen und Bedarfe entdecken, brauchen wir unbedingt Gremien, die die Menschen mitnehmen, mobilisieren und gewinnen können.

Dankeschön. - (Beifall)

Frau Dr. Spohn: Ich stelle eine Frage an Herrn Pavcovicz und an Herrn Heintze: Haben Sie Rückmeldungen von Migrantinnen und Migranten, Communities, wie diese Form der Repräsentanz oder auch Nichtrepräsentanz - Nichtwahl, sondern Delegation - ankommt und ob sich die Migrantinnen und Migranten durch diese Form vertreten fühlen?

Herr Pavcovicz: Das ist eine schwierige Frage. Wir hatten in Stuttgart auch die Frage, die Herr Rasched formuliert hat: Ist dieses Gremium, Ausländerbeirat oder internationaler Ausschuss, nicht die einzige Interessenvertretung der Migranten in der Stadt? In Stuttgart war es die Frage: Ist dieses Gremium eine Interessenvertretung der Migranten, der Ausländer oder der nicht wahlberechtigten Ausländer? Oder ist die Aufgabe „Beratung von Politik und Verwaltung“? Stuttgart hat sich entschieden: Die Aufgabe dieses Ehrenamtes ist Beratung von Politik und Verwaltung. Deswegen müssen Politik und Verwaltung in diesem Gremium da sein. Ich war am Montag in der kommunalen Ausländervertretung in Frankfurt zum Thema „Integrationskonzept“ im Römer - ein schöner Saal wie hier. Es waren noch viel weniger Leute da, niemand kam von der Verwaltung und niemand vom Stadtrat, nur Ausländer Frankfurts. Es war ein bisschen trostlos.

Ich habe mit dem Mitglied aus dem Stuttgarter internationalen Ausschuss auf der Heimfahrt geredet: Es sind gute Leute da, aber wie kriegt der Stadtrat dies mit, was diskutiert wurde? Er kriegt ein Protokoll. Dieser Einfluss auf Politik- und Verwaltungsberatung ist zu niedrig. Ich rede nicht von Wahl oder Nichtwahl. Sie merken, mir geht es nicht darum. Ein Beirat - das war der Stuttgarter Weg - will die Politik beraten. Dann muss die Politik dabei sein. Beratung muss direkt und persönlich sein und darf nicht nur Papiere produzieren. Verwaltung muss zu diesen Themen auf Amts- und Abteilungsleiterenebene in diesem Beirat Stellung zu diesen Anfragen und Anträgen nehmen.

Für mich ist also nicht die Frage gewesen: Direktwahl oder nicht? Ich widerspreche Ihnen, dass die Direktwahl die beste Form ist, um die Probleme und die Interessen der Migranten zu erkennen oder dass direkt gewählte Experten mehr wissen und besser wissen als berufene, was die Probleme der Migranten anbelangt. Stuttgart hat sich eben für dieses Modell entschieden. Wir haben in Stuttgart andere Foren für die Vertretung der Migranten im Bereich Kultur, Religion und Sport, wo es Interessenvertretungen gibt. Interessenvertretung ist immer eine Teilinteressenvertretung. Der Ausländerbeirat vertritt nicht die Interessen aller Münchner. Bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 10 % können Sie nicht sagen, dass Sie die Türken oder Kroaten in München vertreten, wenn Sie über die türkische oder kroatische Liste hineinkommen. Sie vertreten ein kleines Spektrum. Das ist aber in Ordnung. Die Frage ist eher: Was ist das Ziel für den Ausländerbeirat in München? Wenn Sie beides machen wollen, Interessenvertretung im Sinne einer Antidiskriminierungsstelle, sonstige Benachteiligun-

gen abbauen und Politik und Verwaltung beraten, dann müssten Sie für München ein gemischtes Modell suchen: Direktwahl und berufene Mitglieder mit Vertretung von Verwaltung und Politik.

Herr Heintze: Stuttgart und Bremen haben andere Konzepte. Es ist vorhin über den Königsweg gesprochen worden. Ich glaube, ein Berufungsmodell muss einen Grund haben. Sie diskutieren über eine geringe Wahlbeteiligung. Es kann aber auch sein, dass ein Ausländerbeirat überhaupt nicht funktioniert, dass die Menschen gar nicht hingehen und dass das, was die Wähler gewollt haben, mit der Interessenvertretung gar nicht wahrgenommen wird. Das ist z. B. auch in Bremerhaven lange der Fall gewesen.

Herr Pavcovicz hat eben von Frankfurt gesprochen. Wenn Sie allerdings ein aktiver Ausländerbeirat sind, wenn Sie so viele Dinge machen - Sie haben Wahlgrundsätze aufgestellt, Sie zwingen die Politik, sich mit den Themen, die Sie nennen, zu befassen. Sie sind nicht nur eine Interessenvertretung, sondern besetzen durchaus nach den Materialien, die ich gesehen habe, das integrationspolitische Feld. Dann gibt es vielleicht keinen Grund, von einem Direktwahlverfahren abzugehen. Das muss aber überall in jeder Stadt selbst entschieden werden. Es war auch interessant, von Frau Dr. Spohn zu hören, dass alle Städte sich im Laufe der Jahre ein Stück verändert haben. Je nachdem, was kritikwürdig war, wurde verbessert. Darum muss es immer gehen. Wir sind ja in einem Prozess. Integration und Integrationspolitik sind ja nichts Statisches. Die Gesellschaft verändert sich, und wir müssen uns mitverändern. So werden sich auch unsere Reglements anpassen müssen, die wir uns gesetzt haben. Vier oder sechs Jahre sind ein langer Zeitraum. Da ist es wahrscheinlich an der Zeit, etwas zu korrigieren.

Zu Ihrer konkreten Frage, ob Migranten sich durch den Bremer Rat für Integration vertreten fühlen: Ich denke, nein, denn das ist nicht die Aufgabe des Bremer Rates. Die Migrantenorganisationen in Bremen haben sich total verändert. Vor zehn Jahren gab es noch unendlich viele Vereine, Ausländerkulturvereine, wie wir sie genannt haben. Es gab lange Adressenlisten. Wenn ich diese Adressen heute anschreibe, dann sind 60 % der Briefe unzustellbar. Auch auf diesem politischen Feld hat sich etwas verändert. Wir dürfen auch nicht vergessen: Sehr viele Migranten sind älter und eingebürgert. Jetzt ist schon die zweite und dritte Generation da. Sie sehen gar nicht mehr das Interesse, plötzlich ein ausländerpolitisches Thema besetzen zu wollen - abgesehen von Herrn Vicentes Beitrag, dass sich die Heterogenität

ausgeweitet hat. Insofern würde ich sagen, dass wir das in Bremen, wenn wir die Migranten konkret erreichen wollen, auf anderen Ebenen machen. Wir gehen dorthin, wo die Menschen leben, nämlich in die Stadtteile. Wir haben sehr aktives Quartiermanagement in den Stadtteilen. Dort haben auch sehr aktive kleine Vereine, von Selbsthilfegruppen bis zu Stadtteilbeiräten, Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Das ist unser Feld, auf dem wir zur politischen Teilhabe, zum Mitmachen und zur Organisation des Zusammenlebens aufrufen. Das passiert in sehr interessanter und vielfältiger Weise. Ich bin begeistert, wenn ich in die Stadtteile gehe. Was mit den Menschen und zwischen den Menschen passiert, passiert nicht auf dem Marktplatz in Bremen, sondern in den Wohnquartieren, wo die Menschen leben. Da braucht es natürlich Akteure und Motoren, die dieses ein Stück weit betreiben. Aber all die neuen Modelle, die Patenschaften vor Ort in unterschiedlichster Weise mit Kindern, Jugendlichen und Eltern und zwischen Eltern - da gibt es unendlich viel Neues. Das könnte der Bremer Rat für Integration gar nicht abdecken. Der Bremer Rat für Integration hat die Funktion, Politik und Verwaltung in zentralen integrationspolitischen Fragen zu beraten und nicht Interessenvertretung für Migranten zu sein, es sei denn, dass es ganz konkret geäußerte Interessen gibt. Solche gibt es aber sehr wenige.

Unsere Gäste bei den Ratssitzungen sind auf dem Gebiet des politischen Engagements tätig. Was wir wirklich erfahren wollen: Wo läuft es in der Schule schlecht, wo muss eine Kindergartenarbeit anders strukturiert werden, wo müssen Sprachkurse hin? Das läuft vor Ort, das fängt der Bremer Rat nicht auf. Das erwarten wir wiederum von unserem Quartiersmanagement. Wie Herr Pavcovicz gesagt hat: Es gibt vielfältige Beteiligte in diesem ganzen Geschehen. Der Bremer Rat ist *ein* Beteiligter, aber er würde nicht den Anspruch erheben, alle migrations- und integrationspolitischen Fragen alleine bearbeiten und lösen zu können. - (Zuruf aus dem Auditorium) - Die Quartiersmanager sind zum Teil auch mit Migrationshintergrund. Aber was sie an Zusammenwirken organisieren - es gibt Stadtteile, die sich internationale Stadtteile nennen. Die sagen nicht, wir haben hier viele Migranten, sondern: Wir sind ein internationaler Stadtteil. Dort sind automatisch 60 % bis 70 % Migranten, insbesondere die junge Generation. Dieser Stadtteil definiert sich nicht mehr als einheimisch und zugewandert, sondern international. Das ist ein neues Selbstbewusstsein. Das wird in vielen Städten, wo es auch ein Stück Segregation gibt und wo man sich neu definieren muss, ein neues Selbstbewusstsein sein.

Ich habe übrigens beim nationalen Integrationsplan in der Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“ mitgearbeitet. Da ging es genau um dieses Thema, dass die benachteiligten Stadtteile zu In-

tegrationsstadtteilen werden müssen. Da muss eine Stadt mehr Geld reinpumpen als in die anderen. Leider fließt das Geld immer noch in die „besseren“ Stadtteile, wo sich die politischen Vertreter auch besser durchsetzen können. Aber die Politik muss eine andere sein. Da spielt eben eine zentrale Vertretung eine Rolle, die darauf aufmerksam macht und ganz stark das, was sich dezentral entwickelt, eingefordert wird.

Frau Fohlmeister: Mein Eindruck ist, dass das Gremium in den letzten Jahren an Akzeptanz gewonnen hat und dass die Migranten sich stärker vertreten als in der Vergangenheit. Das lässt sich schon so erfassen. Das ist nicht systematisch untersucht worden. Es ist das, was sich bei uns dokumentiert. Das hat etwas mit der starken Verzahnung in diesem politischen Handlungsfeld zu tun. Es hat konkret damit zu tun, dass eine Umsetzung von bestimmten Zielen messbar und sichtbar geworden ist. Daraus zieht das Gremium seine verstärkte Akzeptanz. Ich denke, das kann man nicht entkoppeln. Das ist in Köln in den letzten Jahren eindeutig feststellbar.

Was mir an der Stelle wichtig ist zu betonen, ist, was der Kölner Integrationsrat ist, woraus er seine Legitimation und seinen Bestand ableitet. Wir haben, und das ist allgemein feststellbar, bei den Wahlen in den letzten 20 Jahren einen Rückgang, vor allem auf kommunaler Ebene. D. h., wir haben in vielen Stadtteilen, wo vor allem sozial benachteiligte und schwache Haushalte sind und Menschen mit Migrationshintergrund, etwas, was heute mit dem landläufigen Begriff „demokratiefreie Zone“ beschrieben wird, weil dort fast nur noch 20 % der Menschen wählen dürfen. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation und Einflussnahme auf Meinungsbildungsprozesse ist es natürlich wichtig, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren. Der Integrationsrat ist etwas, was neben den normalen kommunalverfassungsrechtlichen Möglichkeiten existiert, weil es in anderen Bereichen sonst nicht möglich ist. Vor dem Hintergrund halten wir es in Köln, und das ist auch erklärter Wille und Selbstauftrag an das Gremium. Es ist wichtig, dass es das gibt und dass es durch Direktwahl legitimiert wird.

Herr Vicente: Ich bin ein Verfechter von Klarheit. Ich glaube, dass die Diskussion intern in den Ausländerbeiräten sich immer sehr schwer getan hat, weil man als Ausländerbeirat immer versucht hat, möglichst viel zu machen, und man sich eigentlich von Anfang an selbst überfordert hat. Ich bin ein Verfechter, der sagt: Was ist realistisch? Was kann ein Auslän-

derbeirat sinnvoller- und realistischerweise machen? Das zu definieren und dann die Frage zu stellen, was wir für Rahmenbedingungen hierfür brauchen, anstatt einen Rundumschlag zu machen, 1.000 Ziele, 1.000 Rollen und Funktionen, die von Anfang dazu verdonnert sind zu scheitern. Ich sage auch: Ein gewählter Ausländerbeirat ist keine Garantie dafür, dass er gut arbeitet. Ein gewählter Ausländerbeirat ist auch keine Garantie dafür, dass kompetente Leute drinsitzen. Ein gewählter Ausländerbeirat ist auch keine Garantie dafür, dass es die Menschen mit Migrationshintergrund in dieser Stadt prinzipiell voranbringt. Das ist aber bei den Berufenen genauso wenig der Fall. Wenn wir so argumentieren, werden wir nicht weiterkommen. Wir haben Modelle, wo es berufene Beiräte gibt, die sehr gut arbeiten, genauso viele, die es schlecht machen. Das haben wir bei den Gewählten genauso.

Als Sie das Beispiel genannt haben: Wie kommt man an die Wähler über muttersprachliche Informationsquellen? Auch das ist ein strukturelles Problem, das wir im Moment haben. Ich hatte Ihnen erzählt von der repräsentativen Befragung, die wir in Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 durchgeführt haben. Einer der Kernbefunde dieser Untersuchung war: Wenn man jemanden gefragt hat: „Kennst du den Ausländerbeirat?“, und gesagt wurde: „nein!“, waren es meist Leute, die keinen Zugang gehabt haben zu deutschen Medien, sondern Leute, die eher in einer Situation gelebt haben, die weniger integrativ gekennzeichnet war, also eigentlich die Leute, die wir bei unserer Arbeit im Kopf haben und die eigentlich unsere Unterstützung bräuchten. Wenn sie geantwortet haben: „Ja, ich kenne den Ausländerbeirat und habe auch davon erfahren, dass es ihn gibt, und ich lese auch ab und zu etwas von ihm in der Zeitung.“, haben sie meist gesagt: „Ich bin aber gar nicht zur Wahl gegangen, weil ich es persönlich eigentlich nicht brauche und irgendwie in der Gesellschaft zurechtkomme.“

Wir haben da wieder so ein typisch strukturelles Problem: Diejenigen, die es brauchen, sind nicht informiert. Diejenigen, die informiert sind, brauchen es nicht. Gleichzeitig weiß man aber, dass diejenigen, die bereit wären, sich zu engagieren, weil sie politisch denkende Menschen sind und sich auch in anderen Organisationen engagieren, zurücknehmen, weil die Ausländerbeiräte leider im Laufe der Jahre eher einen negativen Ruf bekommen haben. Es ist leider so. Ich kann es nicht nachvollziehen, aber es ist so. Es ist nicht sehr prominent zu sagen: Ich bin Mitglied in einem Ausländerbeirat. Da kriegt man keinen Applaus in dieser Gesellschaft. Wenn sie sagen, dass sie Mitglied im Behindertenbeirat oder im Seniorenbeirat oder im Klimaschutzbeirat sind, bekommen sie auch keinen Applaus. Es ist also kein Problem der Ausländerbeiräte, sondern eher ein Problem der Stellung dieser Konstruktion der Beiräte.

Ich bin Mitglied des Stadtrates in Mainz. Wenn wir intern unter Ratsmitgliedern über unsere Beiräte reden - wir haben in Mainz, glaube ich, 20, auch einen Ausländerbeirat -, reden wir in etwa in dem Sinne: Die stören wieder. Wir nehmen sie gar nicht ernst. Wir nutzen nicht das Potenzial, das diese Beiräte haben. Ich bin einer der wenigen, die immer wieder sagen: Bindet die Beiräte ein, nutzt die Kompetenz, hört zu, wenn sie Vorschläge machen zur Gestaltung der Kommunalpolitik! Auch das ist ein Phänomen, das durchaus nicht mit dem Ausländerbeirat zu tun hat, sondern es liegt ein bisschen an der Haltung der Kommunalpolitiker, die in der Regel diese Arbeit alle ehrenamtlich machen und lieber sagen: Wenn ich schon umsonst arbeite, will ich nicht meine wenige Macht auch noch Beiräten abgeben.

Ein Letztes: Ich finde es interessant, darüber nachzudenken, ob es eine Kompromisslinie gibt, die beide Pole verbindet, nämlich auf der einen Seite Kompetenz, Erfahrung, Expertenwissen und auf der anderen Seite so etwas wie „die Leute, für die ich arbeite, haben mich für diese Arbeit bestimmt“. Wir diskutieren jetzt über das eine oder über das andere, als ob das eine nicht mit dem anderen zu verbinden wäre. Ich glaube, es lässt sich verbinden. In dem Moment, wo es uns gelingt, eine Rahmenbedingung für die Arbeit von Beiräten zu schaffen, werden wir Leute gewinnen, die dafür kandidieren, die wirklich Experten sind, die ein solches Wissen hineinbringen können und die es schaffen, durch ihre Person, diesen Mittelweg, Kompromiss, zwischen gewählter, aber auch Fachkenntnis habender Person zusammenzubringen. Das ist das Konzept, wofür wir uns in Rheinland-Pfalz entschieden haben, ein Konzept, zu sagen: Demokratische Legitimation ist wichtig, aber wir wollen nicht nur als Interessenvertretung angesehen werden, sondern als ein Gremium, das auch etwas zu sagen hat, weil wir auch die Situation unserer Leute kennen und weil wir an Konzeptentwicklung mitarbeiten können. Das könnte ein Mittelweg sein, und es könnte auch ein Kompromiss für die Stadt München sein.

StRin Henn: Ich bin Stadträtin für DIE LINKE. Ich wüsste gerne von den Sachverständigen aus den verschiedenen Städten statistische Zahlen, und zwar das Verhältnis zwischen Deutschen mit Migrationshintergrund und Pass-Ausländern. Ich denke, das ist für eine Entscheidung in Bezug auf München ein sehr wichtiger Aspekt. München hat im Verhältnis zwei Pass-Ausländer zu einem Deutschen mit Migrationshintergrund. Insgesamt sind über 10 % der Stadtbevölkerung nicht wahlberechtigt. Das ist, glaube ich, eine extrem hohe Quote. Meine persönliche Überzeugung ist, dass es irgendwo eine Grenze gibt, die mit der Vorstellung

von Demokratie nicht mehr vereinbar ist, Demokratie für die Gesamtstadtgesellschaft. Da wird es heikel bei Überlegungen, zu benennen, statt zu wählen, weil es ein sehr großes Segment der Gesellschaft ist, das nicht repräsentiert ist.

Ich finde die Frage bezüglich der Wahlbeteiligung sehr interessant. Ich bin neu im Stadtrat und habe einen Kommunalwahlkampf hinter mir. Ich weiß, wie groß der persönliche und organisatorische Aufwand ist, um einen solchen Wahlkampf zu führen. Ich weiß auch, dass es eine Menge Geld kostet für die Parteien und die beteiligten Personen. Ich frage mich: Wie sieht es mit der Wahlkampfausstattung für den Ausländerbeirat aus? Haben die einzelnen Gruppen, die als Listen antreten, finanzielle Kapazitäten, um tatsächlich einen Wahlkampf zu führen, wie man ihn jetzt im Bereich des normalen politischen Lebens führt, also mit öffentlichen Diskussionen, gedruckten Materialien, oder läuft es auf einem sehr viel niedrigeren Level ab? Ich denke, man muss bei der Wahlbeteiligung berücksichtigen, wie groß der Aufwand ist, damit man eine entsprechende Wahlbeteiligung erzielt.

Allein mit der Mitteilung, es finden irgendwann Wahlen statt, kommt man nicht wirklich auf eine Wahlbeteiligung. Vielleicht ist es eine Frage, welche finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen für diese Wahlen. Bei den Parteien ist es zumindest so, dass zum Teil querfinanziert wird, da es im kommunalen Bereich keine Wahlkampfkostenerstattung gibt, die Mittel also aus anderen Bereichen kommen, aber nicht alles vor Ort gestemmt wird. Für Ausländerbeiräte bestehen gar nicht die Möglichkeiten, Mittel aus anderen Töpfen zu bekommen. Wäre es nicht eine sinnvolle Überlegung, tatsächlich diesen Vorlauf zur Wahl selbst besser organisatorisch und materiell besser auszustatten? Ich denke, Nichtwählen wäre ein ungeheurer Verlust, weil die Frage, auch eine Programmatik zu entwickeln, ein wichtiger Prozess der Selbstvergewisserung ist, der auch bestimmte Schritte nach vorne bringt. Wenn keine Wahl mehr stattfände, würde dieser Aspekt verlorengehen.

Bei der Frage der Verschiebung der inhaltlichen Ausrichtung ist mir aufgefallen, dass es zumindest, wenn es um die Frage von Diskriminierung geht, es eine Gruppe gibt, die komplett durch das Raster fällt, aber sehr betroffen ist, nämlich die schwarzen Deutschen. Sie sind statistisch weder erfassbar noch sind sie in irgendeiner Form repräsentiert. Ich wüsste gerne von den Vertretern der Städte, wo die Verschiebung in Richtung Integrationsbeirat stattgefunden hat, wieweit die Frage der äußerlich erkennbaren Minderheiten in der Zusammensetzung mittlerweile reinspielt.

Frau Dr. Spohn: Die Zahl, Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, haben wir in der Befragung erhoben. Es wird an das Protokoll angehängt, damit Sie eine ausführliche Beschreibung haben. Das Letzte, was Sie genannt haben, wäre nur mit einer Nacherhebung möglich - die Diskriminierung von schwarzen Deutschen. Zu Fragen des Umfangs des Wahlkampfes wird Herr Naz sehr viel sagen können.

Herr Naz: Ich habe in meiner Grußrede die Zahl der Listen genannt. Es waren 34. Zunächst finanziert man die gesamten Wahlkosten mit den Eigenmitteln. Aber die Stadt München hat auf Anregung des Ausländerbeirates etwas sehr Positives beschlossen, dass nämlich die Listen, die mindestens einen Sitz nach der Wahl erringen, eine Wahlkampfkostenpauschale bekamen. Es waren 1.500 €. Das hat sehr viel geholfen. Es hat die Arbeit der kandidierenden Listen ein bisschen vorangetrieben. Es ist ein sehr sinnvolles Instrument. Ich denke, wenn wir nächstes Mal wieder so etwas organisieren, müsste man sich noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob die Mittel ausreichend waren. Man muss mit den Listenvertretern nochmal ein Gespräch führen. Ich weiß nicht, ob die anwesenden Vertreter anderer Städte auch solche Mittel bereitstellen. Wir haben mit dieser Pauschale sehr positive Erfahrungen gemacht.

Frau Dr. Spohn: Ich habe hier eine Antwort auf eine Stadtratsanfrage zum Thema Ausländerbeiratswahl. Dazu gibt es eine genaue Auflistung der Kosten. Diese werde ich dem Protokoll auch anhängen.

Herr Pavcovicz: 21 % der Stuttgarter sind Pass-Ausländer, davon etwa 60 % Unionsbürger und kommunalwahlberechtigt. 17 % weitere der Stuttgarter Bevölkerung sind Eingebürgerte, also Deutsche mit Migrationshintergrund. Dazu gehören auch Binationale und Spätaussiedler. D. h., in Stuttgart sind etwa 80 % aller Migranten kommunalwahlberechtigt. Das macht 27 % aller Wahlberechtigten in Stuttgart aus. Wenn die Migranten in Stuttgart, die kommunales Wahlrecht haben, genauso oft wählen würden wie die Deutschen ohne Migrationshintergrund, wären im Stuttgarter Gemeinderat ein Viertel aller Sitze mit Migranten besetzt. Die tatsächliche Wahlbeteiligung haben wir nur bei Unionsbürgern erhoben. Sie liegt bei 18 %. D. h., selbst wenn man alle kommunalen Rechte hat, haben wir die Aufgabe in Stuttgart - Sie

in München -, dass diese Leute die Rechte nutzen. Das kann auch die Aufgabe dieses Beirates sein. Aber Ziel muss es sein, dass im Stadtrat genauso Migranten vertreten sind wie in der Bevölkerung.

Herr Heintze: Ich kann ähnliche Zahlen nennen. Der Anteil der EU-Bürger als Kommunalwahlberechtigte ist nicht ganz so hoch wie in Stuttgart. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund zumindest in Großstädten doppelt so hoch ist wie die der reinen Ausländer. In Bremen haben wir im Integrationskonzept die Aufforderung an die Politik und an den Justizsenator festgeschrieben, die Fragen des Kommunalwahlrechtes für Drittstaatler zu prüfen. Es wird wahrscheinlich wieder negativ ausgehen, aber es ist immerhin eine Aufforderung. Wir haben auch noch unterhalb der Stadtbürgerschaft die Beiräte. Da besitzen wir andere Möglichkeiten der politischen Einbindung. Andere Statistiken führen wir nicht. Wir sortieren die Menschen nicht nach Hautfarbe oder nach Nation. Vor Jahren, als über eine Urwahl diskutiert wurde, gab es eine Riesendiskussion über das Thema Listen. In Bremen wurde es so diskutiert, als ob es zu einer Aufspaltung der Stadt führt; denn sehr viele Migranten fühlen sich als Bremer, und plötzlich sollen sie sich wieder verorten als Kurden, Türken usw. Diese Diskussion war seinerzeit sehr interessant und hat dazu geführt, dass diese Listen und Formen, dass man sich als Nationalität identifiziert, nicht mehr zum Tragen kamen. Es war seinerzeit eine interessante Debatte. Ich könnte mir nicht vorstellen, dass wir heute wieder solche Listen entstehen lassen. Das wäre zumindest aus meiner Sicht für Bremen nicht denkbar.

Herr Papadopoulos: Ich komme aus Griechenland. Es gibt mehrere Modelle. Viele davon haben Vor- und Nachteile. Bleiben wir beim Ausländerbeirat der Stadt München. Wegen der geringen Wahlbeteiligung darf man den Ausländerbeirat München nicht an die Wand stellen. Man muss auch die Arbeit dieses Gremiums richtig auswerten. Das ist ausschlaggebend, nicht allein die Wahlbeteiligung. Man darf auch nicht vergessen: 1993 hatten wir ein Gremium von nur berufenen Mitgliedern. Dann gab es diesen Übergang von den Berufenen zur Direktwahl. Anscheinend haben diese Berufenen keine gute Arbeit geleistet, oder das Gremium hat sich nicht bewährt. Deswegen sind wir also zur Direktwahl übergegangen.

Ich frage Sie, denn Sie haben sich sehr positiv zu berufenen Mitgliedern geäußert und sprechen von Experten: Wer sind diese Experten? Diese Experten kommen auch aus unseren

Kreisen. Ich kann nur von der Stadt München sprechen. Diese berufenen Mitglieder, die wir in der Stadt München haben, sind nicht mehr aktiv. Ich frage mich, warum diese Leute nicht mehr aktiv sind. Anscheinend gibt es keine Anreize. Da muss man eine Ursachenanalyse machen. Unser Gremium besteht seit 1991, wenn ich mich nicht täusche, ein direkt gewähltes Gremium. Das muss man wie ein neugeborenes Kind betrachten. Dieses Kind wächst in demokratischen Verhältnissen auf. D. h., wir stecken wahrscheinlich in einer Entwicklungsperiode. Das ist meine Meinung. Das heißt, wir haben unseren Lebenszyklus, Höhepunkt, noch nicht erreicht. Deswegen soll es dabei bleiben. D. h., ich plädiere für die Direktwahl. Warum? Damals gab es Unruhen zwischen den Migranten, zwischen den ethnischen Gruppen, warum diese Leute überhaupt berufen werden. Ich frage: nach welchen Kriterien? Damals hat die Gewerkschaft Leute hingeschickt, die Kirche etc. Ich kann das heute auch noch garantieren: Wenn solche Leute berufen werden, wird das Unruhe stiften zwischen allen ethnischen Gruppen. Deswegen soll es dabei bleiben. Wir sollten diesem Gremium noch Zeit geben.

Ich werde noch ein Wort zu der geringen Wahlbeteiligung sagen: Es fehlt an Kommunikation. Es ist ein Kommunikationsdefizit! Wir können nicht mit unseren Gruppen richtig kommunizieren. Wir brauchen mehr Zugang zu den Medien. Das hat mein Kollege Delkos auch erwähnt. Wir können keinen richtigen Wahlkampf machen. Die finanziellen Mittel sind eingeschränkt. 1.500 €! Was wollen Sie da machen? Was die Medien betrifft - o. k., in diese Richtung, dass wir einen Zugang haben. Auf diese Art und Weise können wir die Wahlbeteiligung rapide steigern.

Dankeschön. - (Beifall)

Frau Dr. Spohn: Herr Pavcovicz, Sie waren direkt angesprochen, nach welchen Kriterien die Vertreterinnen/Vertreter berufen werden.

Herr Pavcovicz: In Stuttgart als einzelne Personen. Wir haben keine Caritas, keine Gewerkschaft, keine türkisch-islamische Union oder wen auch immer drin, sondern Personen bewerben sich als Einzelpersonen. Wenn sie sich als Personen in einer dieser Organisationen haupt- oder ehrenamtlich engagieren, ist es von Vorteil, weil sie dann die Arbeit haupt- oder ehrenamtlich kennen. Sie sind nicht als Vertreter einer Institution drin, sondern bewerben

sich als Einzelperson nach Themen. Z. B. gibt es drei Sitze für das Thema Sprache, Schule und Sport, plus drei Stellvertreter, also sechs Personen zur Besetzung für das Thema Sprache, Schule und Bildung. Es bewerben sich Personen, die entweder im Bereich Kindergarten, Schule, informelle Bildung oder Erwachsenenbildung haupt- oder ehrenamtlich tätig sind. Das ist das Hauptkriterium. Die anderen Kriterien sind, dass wir darauf schauen, dass wir alle türkischen, kroatischen, nichteuropäischen, männlichen, weiblichen, jungen und alten sowie nicht erfahrenen Leute in dieses Gremium kriegen. Hauptkriterium: Kenntnisse in Integrationsarbeit und nachgewiesenes Engagement. Ein Prof. Dr. Dr. an der Universität, der keinen Kontakt zur Basis hat, engagiert sich in einem solchen Gremium nicht. Sie müssen schon vorher nachgewiesen haben, dass sie mit den Menschen arbeiten und aus der Praxis etwas sagen können.

Frau Dr. Spohn: Angenommen für diese drei Positionen Sprache, Schule und Sport bewerben sich 30. Welches Gremium wählt aus diesen 30 die 3 oder 6 aus, die diese Funktion ausüben könnten?

Herr Pavcovicz: Nach der Satzung in Stuttgart der Gemeinderat. Wie bei anderen Ausschüssen auch, bestimmt der Gemeinderat, wer die Sachkundigen sind. Da gibt es keinen Unterschied zwischen den Ausschüssen nach der Gemeindeordnung. Die Personenvorschläge macht immer die geschäftsführende Verwaltung. Also die Sozialbürgermeisterin in Stuttgart macht Vorschläge, die dann in der Satzung geregelt sind, wer in den Jugendhilfeausschuss als Sachkundiger kommt. Warum ist ein Stadtjugendring im Jugendhilfeausschuss, oder die Caritas? Nach welchen Kriterien? Warum ist nicht die ... Jugend im Jugendhilfeausschuss? Auch hier haben wir ein nichtdemokratisches Prinzip, das aus einer Selbsteinschätzung der Verwaltung .. Aber letztendlich entscheidet die Politik: wer ist kompetent, uns zu beraten? Der Stadtrat ist nicht nach Kompetenz besetzt, sondern nach dem Willen der Bevölkerung. Die beliebtesten, bekanntesten und engagiertesten Personen sind im Stadtrat. Deswegen sucht sich der Stadtrat seine Kompetenz.

Ich spreche ein schwieriges Problemfeld zwischen Politikentscheider, Politikberater und Verwaltung an. Das Kompetenzmonopol liegt bei der Verwaltung. D. h., die Verwaltung hat Einfluss und entscheidet auch in Stuttgart, wie das Verfahren ist. Jeder kann sich in Stuttgart bewerben - mit und ohne deutschen Pass. Deutschkenntnisse müssen vorhanden sein, Sitz

in Stuttgart, nicht vorbestraft usw. Die Satzung kann ich Ihnen geben. Dann gibt es eine Auswahlkommission. Der Oberbürgermeister macht Vorschläge. Wir haben das in Stuttgart so geregelt, weil er für das Thema zuständig ist. Wir haben die integrationspolitischen Sprecher der Fraktionen und Mitglieder aus dem alten Ausschuss, die nicht wieder kandidieren, und daraus eine Art Auswahlkommission gemacht. Die Verwaltung hat gesagt: 50 Leute haben sich beworben, 12 plus 12 Stellvertreter sind zu besetzen. Wir machen einen Vorschlag, aber letztlich verständigt sich die Kommission im Vorfeld, damit nicht in der Sitzung des Stadtrates diskutiert wird: Den Kern wollen wir aber die Schale nicht, was rufschädigend wäre. Die Kritik an diesem Verfahren ist - die Kölner sagen dazu: Klüngel -, dass ein Stückweit die Gefahr besteht, dass die Personen, die bekannter und beliebter sind, eher zum Zug kommen. Angenommen wir hatten drei Türken für eine Position, und dann hat in Stuttgart der kemalistisch-laizistische Block - ich nenne es so plakativ - gesagt: „Die Religiösen wollen wir nicht drinhaben. Es gibt die guten und die schlechten Türken. Die Guten sind die Kemalisten und die Schlechten sind die religiös zu einem bestimmten Spektrum Gehörenden.“ Dann ist es wichtig zu sagen: Unser Anspruch ist es, dass alle Bevölkerungsgruppen, nicht nur die Türken, eine Teilgruppe, sondern das Spektrum, durch verschiedene Kompetenzen abgedeckt werden. Das ist ein Auswahlprozess, aber kein demokratisches Verfahren, das ist klar.

Frau Fohlmeister: In Köln ist rund die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei der letzten Wahl wahlberechtigt gewesen. In Köln ist die Zusammensetzung etwas anders als in Stuttgart. Der Anteil der EU-Bürger unter diesen Wahlberechtigten ist lange nicht so hoch wie in Stuttgart, sondern ist dominiert durch die türkisch-stämmige Bevölkerung und die Spätaussiedler (russisch-stämmige oder Menschen aus den ehemaligen GUS-Staaten). Das ist ein etwas anderes Bild, wobei die GUS-Staaten, die Spätaussiedler, in der Regel das kommunale Wahlrecht haben, aber die türkisch-stämmige Bevölkerung mit Pass eben nicht. In Köln wurde ein etwas größerer Anteil ausgeschlossen von den demokratischen Wahlen.

In Köln gibt es speziell für die Wahl einen eigenen Haushaltstitel in dem Jahr, in dem die Wahl stattfindet. Er ist auf 20.000 € dotiert, dient aber nicht dazu, die einzelnen Listen zu unterstützen, sondern dazu, allgemein den Wahlkampf zu finanzieren und die Listen mit Informationsmaterial allgemeiner Natur auszustatten, so dass sie einen Wahlkampf führen können. Ihren eigenen spezifischen müssen sie selber finanzieren. Es ist eine Mischform, aber schon eine Unterstützung im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit, Plakatierung und Ähnliches.

Aber das ist für alle. Unterstützt wird die Wahl zum Gremium als solches, aber nicht die einzelnen Listen.

Zu den Listen möchte ich sagen: In Köln hat es bei der letzten Wahl eine Veränderung gegeben. Ich denke, dass sie sich fortsetzen und verstärken wird. Die Listen sind nicht mehr so mono-ethnisch ausgerichtet, sondern sie sind bunt. Auch da ist Interkulturalität und Multikulturalität innerhalb der Listenzusammenstellung festzustellen. Das ist etwas, das wir als sehr positiv bewerten. Insofern ist es ein Grund, an diesem System festzuhalten.

Frau Sibenik: Ich habe gestern den Satz gehört: Integrieren kann man erst etwas, das man vorher ausgegrenzt hat. Wir sollen nicht dazu übergehen, noch mehr auszugrenzen. Im Stadtrat muss es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass auch die Migranten gerecht vertreten sind. Das eine schließt das andere nicht aus. Wenn im Stadtrat ein Migrationsausschuss wäre, der einfach mit dem Ausländerbeirat zusammenarbeitet und das vorbringt, fände ich das am idealsten. Auf jeden Fall würde ich einen solchen Namen wählen, der darauf hinweist, dass es etwas Gemeinsames gibt und etwas, was die Besonderheit der Gruppe darstellt, z. B. „Beirat der Münchner mit Migrationshintergrund“. Man sollte das Gemeinsame betonen, dass man sich nicht immer als etwas Ausgegrenztes sieht.

Herr Heintze hat gesagt, für die zweite und dritte Generation wäre es nicht interessant, wählen zu gehen. - Gelungene Integration ist für mich, wenn jemand seine Muttersprache und Kultur nicht vergisst. Es wäre toll, wenn man so integriert wäre, dass keine Probleme entstünden. Wenn jemand sich so integriert, dass er nur Deutsch spricht und die deutsche Kultur angenommen hat ... Aber sobald er sich so integriert hat, dass er seine auch noch pflegt, sind die Probleme immer da. Man ist zweite oder dritte Generation, spricht daheim eine andere Sprache, die Kinder gehen zur Schule, haben die gleichen Probleme wie die erste oder zweite Generation. Dritte oder vierte Generation - sie haben immer die gleichen Probleme. Integration heißt nicht, dass man seine Sprache und Kultur vergisst. Wenn man das weiter pflegt, hat man die Probleme immer. Zusammengefasst: Ich fände es gut, wenn im Stadtrat der Migrationsanteil vertreten wäre. Der Ausländerbeirat, der seinen Namen ändern sollte, müsste auf jeden Fall bestehen bleiben.

Herr Arikan: Was mir an der Diskussion fehlt, bei der immer wieder Bezug auf die geringe Wahlbeteiligung genommen wird - es wurde der muttersprachliche Zugang vorgetragen, aufgeschichtet in einer Gruppe von Migranten, die es nicht nötig haben, eine andere Gruppe, die es nicht weiß ... In der Vergangenheit, als der Ausländerbeirat erkämpft wurde, war die Beteiligung wesentlich höher. Wenn wir die Umstände mit damals vergleichen, so denke ich, dass sie in der Vergangenheit wesentlich schlechter gestellt waren, was Öffentlichkeitsarbeit, Zugang zu den großen Communities betrifft usw., was aber auch die organisierten Zusammenhänge betrifft. Die sind heute viel größer.

Bevor ich auf diese Themen eingehe, würde ich gerne über die Verantwortlichkeit bestehender Ausländerbeiräte bei sinkender Wahlbeteiligung diskutieren. Um das zu diskutieren, muss ich vor Augen führen, womit ich es zu tun habe. Was sind Ausländerbeiräte, Mitglieder, die da hineingewählt werden? Probleme hinsichtlich der Finanzierung kann ich nicht bestätigen. Ich kann hier bestätigen, dass es einzelne Personen gibt im Ausländerbeirat, die machen sogar manchmal Scherze, indem sie sagen: mehr Geld ausgegeben als die gesamten Grünen und haben es trotzdem nicht geschafft. Ich würde viel lieber diskutieren wollen, welche Verantwortung bestehende Ausländerbeiräte haben bei geringerer Zahl oder stagnierender Zahl derer, die zur Wahl gehen. Darüber muss man diskutieren. Der Ausländerbeirat kann sich dem nicht entziehen zu sagen, ich trage auch die politische Verantwortung. Ich habe an Herrn Pavcovicz eine Frage: Soweit ich Sie richtig verstanden habe, kaufen Sie letztlich Erfahrung und Kompetenz günstig ein. Warum kaufen sie die nicht gleich ein?

Herr Pavcovicz: Weil wir Schwaben sind! - (Heiterkeit) - Das war flapsig. Wir sagen: Integrationsarbeit ist Aufgabe der Bürgergesellschaft. 30/40 % der Bürgergesellschaft hat Migrationshintergrund. D. h., Migranten und ihre Vereine - wie Frau Sibenik es für München gesagt hat - sind Stuttgarter, Münchner, und die wollen wir in die Integrationsarbeit einbinden. Diese Einbindung findet im internationalen Ausschuss als Ehrenamtliche statt. Da sind aber nicht nur Migranten vertreten. Aber wir haben gute Leute drin, umsonst, wenn sie sich ehrenamtlich engagieren. Wir haben sie im Jugendrat, in den Bezirksbeiräten, in den Stadtteilen und als Ehrenamtliche in vielen Projekten, wobei mein Ziel ist, dass wir irgendwann die Normalität haben, auf Leitungsebene im öffentlichen Dienst und im Stadtrat.

Herr Berni: Ich bin seit dem Jahr 2000 Mitglied im Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München. Ich bin natürlich für die Direktwahl des Ausländerbeirates und dafür, dass die Mitgliederzahl bestehen bleibt. Herr Rasched hat ein Modell angesprochen, über das wir diskutieren sollten: Passives Wahlrecht für Deutsche ohne Migrationshintergrund. Vielleicht erhöht man damit die Wahlbeteiligung. Eine Quote von beispielsweise zwei Mitgliedern müsste eingeführt werden. Bei angenommenen 35 Mitgliedern und nur fünf mit Migrationshintergrund würde der Ausländerbeirat seine Berechtigung verlieren.

Herr Wagner (Kreisjugendring München): Kurz etwas zum Thema Wahlbeteiligung. Dieses Phänomen gibt es immer: Beim ersten Mal macht es Spaß, beim zweiten oder dritten Mal ist die Wahlbeteiligung Jugendlicher extrem niedriger. Das ist ein normales Phänomen und nicht wirklich dem Ausländerbeirat anzulasten.

Wer wählen geht, muss Wirksamkeit erkennen. Er muss sehen, dass durch seine Wahl etwas bewegt werden kann. Da ist Politik schon gefragt, dass Gremien, die gewählt werden dürfen, auch die Möglichkeit haben, gestalten zu können und dass es von den Wählern gesehen werden kann, dass sie gestalten können. Das ist wichtig. Ich würde sagen: Gremien, die nichts zu sagen haben, braucht man besser nicht zu wählen.

Sie haben vorhin das Beispiel Stuttgart genannt. Da benennt der Gemeinderat, der Stadtrat die Leute. Ich möchte ein bisschen widersprechen. Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ist es so, dass wir als Verbände unsere Vertreter benennen. Der Stadtrat beruft sie. Es gäbe einen ziemlichen Aufstand, wenn es anders wäre. Die Entscheidung, wer z. B. von Seiten der Jugendverbände im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ist, wählen wir immer noch selber. Wir fragen da nicht vorher die Stadträte, ob es ihnen genehm ist. Zum Thema Zentralisierung, Dezentralisierung: Wenn Beteiligungsarbeit dezentralisiert wird, besteht immer die Gefahr, dass an der Zentrale, wo die wesentlichen Entscheidungen gefällt werden, niemand mehr mitreden kann. Die Dezentralisierung braucht immer eine starke Zentrale. Über den Haushalt der Landeshauptstadt München wird z. B. nicht dezentral entschieden, sondern zentral!

Herr Kotsowilis: Ich komme aus dem griechischen Peloponnes im Gegensatz zu Herrn Papadopoulos, der aus dem griechischen Mazedonien kommt. Mazedonien ist nicht nur Skopje. Es gibt ein großes griechisches Mazedonien. Ich bin Historiker und Dolmetscher bei Gericht

und lebe seit 55 Jahren in München. Gewählt wurde ich zum dritten Mal seit 1991. Ich glaube, ich bin wahrscheinlich der Einzige, der so oft gewählt wurde.

Diese Diskussion über ein berufenes oder gewähltes Gremium wäre eigentlich überflüssig, wenn die Wahlbeteiligung höher wäre. Stimmt das? Wie kann man die Wahlbeteiligung erhöhen? Das ist das Problem. Unsere Listen haben zwar Mitglieder. Aber diese Mitglieder sind nicht verpflichtet, Beiträge zu zahlen wie die Mitglieder deutscher Parteien, die einen Beitrag leisten müssen. Trotzdem hat die Hälfte unserer Listen erreicht, dass mindestens ein Ausländerbeirat durchgekommen ist. Was war mit den deutschen Parteien trotz Mitgliedsbeiträgen? Oft konnte in mehreren Bundesländern, auch in Regierungsbezirken, die Wahlbeteiligung nicht über 50 % sein. Sie war unter 50 %. Hat man dann gesagt: Dieses Stadt- oder Landesparlament ist nicht legitimiert, wenn die Wahlbeteiligung nicht über 50 % liegt?

Was hat man dann gemacht? Die Parteien konnten die laufenden Kosten des Parteibetriebes nicht decken, schon gar nicht die Wahlkosten übernehmen. Der Staat hat dann, um die Legitimation zu erreichen, dass die Wahlbeteiligung über 50 % ist, die Finanzierung übernommen. So ist die Situation. Wie sollen dann die ausländischen Listen ohne Finanzierung, ohne Mitgliedsbeiträge eine höhere Zahl bei der Wahlbeteiligung erreichen? Das ist das Problem. Mit 1.000 € ist es nicht getan. Damit kann man nicht einmal eine Veranstaltung organisieren. Bei einer Großstadt wie München - wo soll man dann diese Versammlung abhalten? In Freimann oder Giesing? Soll man die Leute anschreiben, alle Griechen aus dem Telefonbuch? Das sind 3.000/4.000 Leute. Das kostet Porto! Der Staat hat die bessere Wahlbeteiligung von vornherein boykottiert.

Herr Dr. Olabhi: Ich bin natürlich für die Direktwahl, weil sonst das Interesse von vielen Leuten ausgeschlossen wäre. Leute wie ich ohne Lobby wären komplett ausgeschlossen. Das würde für mich bedeuten, dass es keine Demokratie mehr gäbe. Die Meinung bestimmter Leute wäre nicht mehr vertreten. Was will die Stadt durch diese Änderung erreichen? Will die Stadt vielleicht mehr Beteiligung oder Geld sparen oder mehr Qualität der Arbeit erreichen?

Frau Dr. Spohn: Danke für die Wortmeldungen. Ich ziehe ein Resümee: Ich sehe folgende Punkte, die immer wieder aufgekommen sind:

- klares Votum für Direktwahl als demokratischer Legitimierung, Stimme für Stimmlose,
- Erhöhung der Entscheidungsbefugnis, um damit Anreize zu schaffen, sich stärker und regelmäßiger zu engagieren
- Erhöhung der Wahlbeteiligung

Gibt es noch Wortmeldungen, die über diese Punkte hinausgehen und einen neuen Aspekt einbringen, der noch nicht erwähnt worden ist?

Herr Naz: Ich wollte mich bedanken. Die Frau Bürgermeisterin ist nicht mehr da. Vielleicht wissen einige das nicht: Das Hearing wurde in einer Arbeitsgruppe vorbereitet. Diese Arbeitsgruppe hat sehr intensiv gearbeitet. Ich möchte mich auch im Namen des Ausländerbeirates bei der Arbeitsgruppe herzlich bedanken. Das ist zum einen Herr Biebl vom Direktorium - (Beifall) -, bei der Stelle für Interkulturelle Zusammenarbeit Frau Dr. Spohn - (Beifall) - und bei der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind anwesend - unser Geschäftsführer Gottfried Grill. - (Beifall) - Wir sagen: herzlichen Dank! Als Ausländerbeirat haben wir ein kleines Geschenk für unsere Gäste. Ich weiß nicht, ob Sie zum ersten Mal in München sind. Jeder fragt, was typisch ist in unserer Stadt. Zur Zeit gibt es eine interessante Ausstellung im Stadtmuseum mit dem Titel „Typisch München“. Dazu gibt es ein tolles Buch, das wir Ihnen gerne als Zeichen unserer Anerkennung und Wertschätzung überreichen für sehr gute Impulse und Anregungen. Vielen Dank für Ihr Kommen und die Diskussion.

Frau Dr. Spohn: Es stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Es war heute ein weiterer Schritt zur Entscheidungsvorbereitung. Es gab die Arbeitsgruppe, die in drei Untergruppen drei Arbeitsschritte durchgeführt hat, und zwar zum einen die stadtweite Befragung, die ich anfangs vorgestellt habe, zum anderen die Befragung des Ausländerbeirates von über 1.000 Personen und damit repräsentativ über die Bekanntheit des Ausländerbeirates. Außerdem wurde eine Befragung innerhalb der Verwaltung durchgeführt über die Wichtigkeit und Bekanntheit des Ausländerbeirates. Damit und mit den Ergebnissen des heutigen Hearings werden wir bis Ende des Jahres dem Stadtrat eine Vorlage unterbreiten über die Zukunft des Ausländerbeirates, und zwar in dem Team, das bereits existiert. Ich denke, dass Sie in den Ausschüssen noch sehr intensiv diskutieren werden, wie Sie sich eine Zukunft des Ausländerbeirates vorstellen können, auch wenn das Votum hier sehr eindeutig war.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie gekommen sind. Ich bedanke mich vor allem bei den Referenten und bei der Referentin, die weite Anfahrtswege hatten. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und bin sicher, egal, was wir beschließen, dass der Münchner Ausländerbeirat, wie auch immer er heißen wird, ein wichtiger Teil sowohl der Stadtgesellschaft als auch der Stadtverwaltung bleiben wird.

Vielen Dank und bis bald. - (Beifall)

- Ende des Hearings um 17:45 Uhr. -

München, 15. Januar 2009

S t r o b l
2. Bürgermeisterin
der Landeshauptstadt München

Protokoll